

Bad Soden-Salmünsterer Erklärung Gemeinsam Strukturen und Arbeitsklima in der hessischen Finanzverwaltung verbessern

Bad Soden-Salmünster, Gelnhausen 26. Januar 2024

Die Zeiten sind herausfordernd: Eine zu hohe Arbeitsbelastung, inadäquate Bezahlung, mangelhafte Ausstattung und vor allem eine unzureichende Wertschätzung unseres Dienstherrn machen die tägliche Arbeit für viele Beschäftigte häufig unerträglich. Das kann so nicht weitergehen! Dagegen müssen wir etwas tun! Und dafür brauchen wir Dich und Dein Engagement im Personalrat!

Gerade in schwierigen Zeiten wie diesen gilt es, zusammenzustehen und den sozialen Zusammenhalt sowie den sozialen Frieden zu stärken. Dafür standen wir von der DSTG Hessen stets ein und dafür werden wir auch weiterhin nachhaltig eintreten! Doch das geht eben nicht allein!

In der laufenden Legislaturperiode haben wir bereits damit begonnen, Ansatzpunkte zur Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen in den hessischen Finanzbehörden zu identifizieren. Diese gilt es nun gemeinsam umzusetzen. Unser „**Aktionsplan – Zukunft**“ gibt dafür die beste Orientierungshilfe:

1. Bessere Kommunikation und mehr Transparenz

Die Kommunikation zwischen Führungskräften und Mitarbeitern, vor allem mit Personalräten und Gewerkschaften muss dringend verbessert werden. Regelmäßige Informationen und klare Kommunikation über Entscheidungen, Prozesse und Veränderungen in der Finanzverwaltung sind notwendig, um Missverständnisse und Unsicherheiten zu verringern. Die zahlreichen kritischen E-Mails zur Aktion „BoostYourTeam“ sind ein deutliches Zeichen dafür, dass hier einiges aufzuarbeiten ist.

2. Stärkere Beteiligung von Mitarbeitenden

Mitarbeitende fühlen sich zunehmend überwacht und verwaltet und nicht mehr wertgeschätzt. Sie müssen wieder stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, die ihren Arbeitsbereich betreffen.

3. Arbeitsentlastung nötig

Jeder/Jede dritte Beschäftigte fühlt sich am Arbeitsplatz dauernd und 61 Prozent manchmal überlastet. Um Burnout und anderen Krankheiten vorzubeugen ist es zwingend notwendig, eine ausreichende Personaldecke zu schaffen die Arbeitsbedingungen zu überprüfen und wo nötig, zu verbessern.

4. Mehr Anerkennung und Wertschätzung

Die Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit der Finanzer ist von großer Bedeutung. Eine angemessene und vor allem verfassungskonforme Besoldung, Anerkennungsprogramme und die Möglichkeit zur Weiterbildung sind Instrumente, um das Engagement und die Motivation der Mitarbeitenden zu fördern.

5. Klare Karriereperspektiven

Leistungsstarke Mitarbeitende brauchen Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten. Dazu wären unter anderem Dienstposten-Bewertungen für die Bereiche Grundsteuer, Bewertung sowie Rechtsbehelfsstellen nötig. Auch das schon oft geforderte Spitzenamt A13 mit Zulage würde helfen. In anderen Ressorts besteht es bereits.

6. Entlastung der Servicestellen

Die hohe Arbeitsbelastung in den Servicestellen aufgrund der ununterbrochenen Telefonzeiten führt zu Überlastung und Frustration. Das System muss überarbeitet werden, um den Mitarbeitenden angemessene Freiräume zu ermöglichen, damit sie ihre Aufgaben besser erfüllen können.

7. Überarbeitung der Ausbildungsstruktur und des Studiums

Die Ausbildungsstruktur muss reformiert werden, um Anwärtern eine angemessene Unterstützung und Vorbereitung auf ihre zukünftigen Aufgaben zu ermöglichen. Die hohen und vor allem steigenden Durchfallzahlen deuten auf erhebliche Probleme hin.

8. Verbesserung der IT

Zunehmende IT-Ausfälle führen zu einer erhöhten Arbeitsbelastung und Frustration. Vor allem die Stabilität und Effizienz der IT-Systeme müssen verbessert werden, um den Mitarbeitenden die Möglichkeit zu geben, ihre Aufgaben effektiv zu erledigen.

9. Ein gerechtes und nachvollziehbares Zulagensystem

Zulagen müssen gerecht und nachvollziehbar sein. Dies muss auch für Anwärtinnen und Anwärter im gehobenen Dienst gelten. Es kann nicht sein, dass ein Teil der Anwärtinnen und Anwärter eine Zulage bekommt, ein anderer Teil jedoch nicht.

10. Quick-Wins: Rücknahme der Beschränkungen und Verschlechterungen der vergangenen fünf Jahre, die Sand ins Getriebe bringen – Arbeit mit Augenmaß – Maß und Mitte beachten

- Stärkung der Selbstverwaltungen der Ämter und Dienststellen
- Anerkennung der föderalen Strukturen, Zurückhaltung der Oberbehörde und Konzentration auf ihre Aufgaben (Beispiele: die Ämter brauchen keine Erlaubnis für Betriebsausflüge, Regelung des Blutspende-Erlasses, engste Auslegung von Sonderurlaub und Dienstbefreiung, Behinderung der Versammlungsfreiheit, Verzicht auf unnötige Gespräche mit Betriebsprüfern).
- Möglichkeit der Nutzung der Behördensäle, wie in der Vergangenheit. Zunächst Behinderung und nun Wegfall der 46. Hessischen Meisterschaften der Finanzämter, bzw. Fortführung unter neuem Namen und bislang unklaren Rahmenbedingungen.
- Einschränkung und Behinderung aller Interessenvertretungen etc.
- Überarbeitung und Entschlackung der Dienstvereinbarung zur gleitenden Arbeitszeit und Ermöglichung von örtlichen Dienstvereinbarungen, da der Regelungsumfang und die Ausnahmen der zentralen DV belegen, dass die Einheitlichkeit nicht mehr gegeben ist

Schlussbemerkung

Als größte und mitgliederstärkste Fachgewerkschaft würden wir die Gelegenheit schätzen, mit dem Finanzministerium in einen offenen Dialog in Form eines „Runden Tisches“ einzutreten, wie bereits vorgeschlagen. Wir bieten weiterhin eine partnerschaftliche Zusammenarbeit an, die begründet ist durch unser partizipatives und konstruktives Handeln der vergangenen Jahrzehnte. Damit können wir gemeinsam Lösungen finden, die nicht nur die finanzielle Stabilität fördern, sondern auch langfristige positive Auswirkungen auf unsere Kolleginnen und Kollegen haben, die letztendlich die Basis für eine erfolgreiche und starke Finanzverwaltung bilden. Wir bieten den Verantwortlichen in der Finanzverwaltung daher zu Beginn der Legislaturperiode gerne an, mit uns wieder ins Gespräch zu kommen, um Strukturen und Klima gemeinsam zu verbessern.